

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. April 2012
– Drucksache 15/1634**

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 27. März 2007 zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landes- verwaltung

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 27. April 2012 – Drucksache 15/1634 –
Kenntnis zu nehmen.

14. 06. 2012

Der Berichterstatter:

Joachim Köbler

Die Vorsitzende:

Tanja Gönner

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache
15/1634 in seiner 18. Sitzung am 14. Juni 2012.

Der Berichterstatter dankte der Landesregierung für ihre umfangreiche Mitteilung
und beantragte, dass die Landesregierung dem Landtag in zwei Jahren erneut einen
solchen Bericht vorlege. Er fuhr fort, das Projekt NSI (Neue Steuerungsinstrumente)
solle zur Steigerung der Effizienz der Verwaltung beitragen und den Ressourcen-
verbrauch darstellen. Dies halte er für richtig.

In der Tabelle auf den Seiten 13 und 14 der vorliegenden Drucksache seien u. a.
Daten zur dezentralen Personalmittelbudgetierung ausgewiesen. Danach habe im
Jahr 2011 der Anteil der budgetierten Personalausgaben an den gesamten Personal-
ausgaben nur 5 % und der Anteil der einbezogenen Stellen 10 % betragen. Er frage,
warum die aufgegriffenen Anteile noch relativ gering seien und was getan werden

Ausgegeben: 27. 06. 2012

1

könne, um sie zu erhöhen. Außerdem interessiere ihn, was sich im Hinblick auf die Personalsteuerung insgesamt noch unternehmen lasse.

Ein Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft antwortete, die Personalmittelbudgetierung befinde sich derzeit in der Pilotphase. Die Pilotierung werde in diesem Jahr evaluiert. Anhand der betreffenden Ergebnisse werde über eine Ausweitung in die Fläche entschieden.

Der Berichterstatter fragte, wie es um die Aussichten stehe, dass eine flächendeckende Ausweitung erfolge. Er fügte an, seines Erachtens würde eine Zusammenlegung von Personal- und Sachausgabenbudgetierung zu einer hohen Effizienz der Verwaltung beitragen.

Der Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft teilte mit, der abschließende Bericht liege noch nicht vor. Die budgetierenden Einheiten gingen mit dem Instrumentarium sehr gern um. Berücksichtigt werden müssten noch die gesamtwirtschaftlichen Aspekte. Dazu bleibe das abschließende Votum abzuwarten. Er meine jedoch, dass aller Anlass für eine flächendeckende Ausweitung bestehe.

Der Berichterstatter trug vor, den Angaben auf Seite 66 des Berichts zufolge hätten bei der Polizei die Ermittlungskosten pro Fall von über 14 € im Jahr 2007 auf unter 10 € im Jahr 2011 reduziert werden können. Da ihm dies wenig glaubhaft erscheine, bitte er hierzu noch um eine Auskunft.

Ferner weise die Landesregierung an der gleichen Stelle des Berichts darauf hin, dass bei der Quote der DNA-Probeentnahmen im Zeitraum von 2006 bis 2011 eine Verbesserung von 34 auf knapp 43 % habe erreicht werden können. Ihn interessiere, worum es dabei gehe.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sagte zu, die vom Berichterstatter erbetenen Auskünfte schriftlich nachzureichen.

Ein Abgeordneter der SPD führte aus, 13 Jahre nach dem Start der Projekts NSI seien viele Bereiche der Verwaltung noch immer entweder gar nicht oder nur in geringem Umfang an dem System beteiligt bzw. befinde sich manches in der Erprobung. EDV und IT seien kurzlebig und einem Wandel unterworfen. Ihn interessiere, ob NSI noch auf der Höhe der Zeit sei und ob alle Ministerien in das Projekt in gleicher Weise einbezogen werden könnten. So arbeiteten manche Ministerien sehr aktiv mit den Neuen Steuerungsinstrumenten, während sich andere in dieser Hinsicht sehr zurückhielten.

Als beruhigend habe er empfunden, dass im Jahresergebnis den Kosten von 21,4 Millionen € für den Einsatz von NSI Einsparungen in Höhe von 27 Millionen € gegenüberstünden, sodass die Kosten den Nutzen nicht überstiegen.

Abschließend bat er um Auskunft, ob es möglich sei, über den Einsatz von NSI ein umfassendes Fördercontrolling durchzuführen, einen Ländervergleich über alle Verwaltungsbereiche hinweg herzustellen, den Vermögensverzehr aufzuzeigen oder den Bürokratieabbau zu organisieren. Er verwies in Bezug auf Letzteres auf die Bürokratie, die mit den vielen Anfragen von Abgeordneten an die Ministerien verbunden sei.

Die Ausschussvorsitzende erwiderte, es zähle zu den Aufgaben der Parlamentarier, Anfragen einzubringen. Daher weise sie die Aussage ihres Vorredners zurück, dass solche Initiativen Bürokratie produzierten.

Der Staatssekretär teilte mit, beim Einsatz Neuer Steuerungsinstrumente gehe es um mehr als das Erreichen eines haushaltsbezogenen Effekts, der möglicherweise noch monokausal mit diesen Instrumenten zusammenhänge. Vielmehr verschafften die Neuen Steuerungsinstrumente sowohl der Exekutive als auch der Legislative Transparenz. Darauf müsse auch bestanden werden, da dies sehr wichtig sei. Die Neuen Steuerungsinstrumente zeigten Entwicklungen auf und ermöglichten es der Exekutive und der Legislative, darauf zu reagieren.

Aufgrund des Ressortprinzips bleibe die Steuerung mit diesen Instrumenten dem einzelnen Ministerium überlassen. Das entsprechende Engagement und die Steuerungintensität seien in den Häusern durchaus unterschiedlich ausgeprägt.

In der letzten Legislaturperiode des Landtags habe sich eine Arbeitsgruppe des Finanzausschusses mit den produktorientierten Informationen zum Haushalt befasst. Dabei sei das Engagement der Ressorts ebenfalls sehr unterschiedlich gewesen. Dies habe im Übrigen auch für die Mitarbeit der Fachausschüsse gegolten.

Er sei von der Landesregierung beauftragt worden, mit den Vorsitzenden der zuständigen Fraktionsarbeitskreise und dieses Ausschusses darüber zu sprechen, ob die Produktinformationen, was Art und Umfang angehe, weiterentwickelt werden sollten oder ob ein anderes Instrument zur Steuerung benötigt werde. Er erlaube sich auch als Abgeordneter den Hinweis, dass die Legislative die Produktkennzahlen bisher nur in mäßigem Umfang verwende. Von den Fachausschüssen wiederum würden sie noch weniger genutzt. Diese Kennzahlen dienten der Steuerung. Wenn sie nicht verwandt würden, würden sie auch nicht benötigt.

Die Ausschussvorsitzende merkte an, die Behandlung der Produktkennzahlen durch die einzelnen Ressorts hänge sehr stark davon ab, wie die Abgeordneten damit umgingen.

Der Berichterstatter unterstrich, er plädiere dafür, das Fördercontrolling, das für diesen Ausschuss künftig sehr hilfreich sein könne, voranzutreiben. Es gehe nämlich darum, genau zu ermitteln, wie eine Förderung wirke.

Man könne den Einsatz von NSI für umstritten halten und darauf verweisen, dass dieses Projekt in der Vergangenheit viel gekostet habe. Doch sei es nach seiner Überzeugung wichtig, dass das Parlament und insbesondere die Regierung über ein Führungsinstrument verfügten, mit dem sie sich anhand von Kennzahlen einen Überblick über die Verwaltung verschaffen könnten. Die Politik sollte alles dafür tun, damit dieses Instrument auch im Sinne des Landtags zu einer hohen Transparenz über Ausgaben, Einnahmen, Verwaltung und Vollzug führe. Seines Erachtens sei ein Land künftig nur noch mithilfe solcher Instrumente regierbar.

Der Staatssekretär dankte dem Berichterstatter für dessen Aussagen und betonte, es sei schwierig, alle Beteiligten dazu zu bringen, bereits vor der Einführung von Förderprogrammen Wirkungskennzahlen zu definieren. Manche interpretierten schon das Ausschütten von Geld als Wirkung. Dies sei aber falsch. Vielmehr stelle sich die Frage, was mit dem Geld geschehen sei. Beispielsweise komme es im Straßenbau nicht darauf an, wie viel Geld für diesen Bereich ausgegeben werde, sondern wie effizient die Mittel eingesetzt würden, wie viele Straßen also damit gebaut oder saniert würden. Es gehe nicht darum, möglichst viel Geld für einen bestimmten Zweck auszugeben, sondern möglichst viel Wirkung damit zu erzielen. In dieser Hinsicht müsse ein Umdenken stattfinden.

Der Berichterstatter brachte vor, statt des Outputs müsse in der Tat die Wirkung kontrolliert werden. Im Gespräch mit Angehörigen der Landesverwaltung höre er immer wieder, die Regierung müsse vor allem die Führungskräfte „mitnehmen“ und diese nach ihrem Bedarf und ihren Absichten fragen. Es sei vielleicht ein Fehler gewesen, dass danach anfänglich nicht gefragt worden sei.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs erklärte, sie könne sich den Ausführungen zum Fördercontrolling uneingeschränkt anschließen. Der Rechnungshof halte dieses Thema für sehr wichtig und führe aktuell eine Prüfung durch, bei der das Fördercontrolling den Schwerpunkt bilde. Zu dieser Untersuchung werde der Rechnungshof in diesem Jahr noch eine Beratende Äußerung vorlegen.

Die Ausschussvorsitzende wies zu dem eingangs vom Berichterstatter gestellten Antrag darauf hin, dass die Landesregierung dem Landtag ohnehin schon alle zwei Jahre berichte, sodass es in diesem Sinn keiner ausdrücklichen Festlegung mehr bedürfe.

Daraufhin fasste der Ausschuss ohne Widerspruch die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/1634 Kenntnis zu nehmen.

27. 06. 2012

Joachim Kößler